



öffentlich

Betreff:
Energiepass für öffentliche Gebäude

Erstellungsdatum 11.04.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.05.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
18.05.2006	Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Stadtverordnetenversammlung im September 2006 darzulegen, wie die Stadt die EU-Richtlinie „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ umzusetzen beabsichtigt. Dabei sollen auch die finanziellen und organisatorisch-technischen Herausforderungen sowie die langfristigen Chancen zur Energieeinsparung abgeschätzt und umrissen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Energieversorgung von kommunalen Liegenschaften verursacht jedes Jahr erhebliche Kosten. Diese Tatsache ist angesichts steigender Energiepreise und angespannter Haushaltslage zusätzlich von wachsendem Interesse.

Mit der o. g. EU-Richtlinie sind auch Kommunen mittelfristig verpflichtet, so genannte Gebäudeenergiepässe erstellen zu lassen. Für den Antragsteller ist es von Interesse, bereits frühzeitig zu erfahren, mit welchen Auswirkungen z. B. für den Kommunalen Immobilien Service (KIS) und für den Stadthaushalt zu rechnen ist.